



Pressespiegel zur Asylpolitik vom 14. März 2018

Erstellt von Mark Gärtner
gaertner@sprev.de

Geschehenes – Kurzmeldungen:

Blick nach Europa und die Welt

- Die libysche Küstenwache hat 250 Menschen vor dem Ertrinken bewahrt. Wenn sie nach Libyen zurückgebracht worden sein sollten, das geht aus der Berichterstattung nicht hervor, dann kann von einer Rettung nicht die Rede sein. Weitere 72 Menschen wurden von einem zypriotischen Handelsschiff und den NGOs Ärzte ohne Grenzen und SOS Mediterranee gerettet. 21 Menschen vom selben Boot werden vermisst.
<http://www.tt.com/panorama/unfall/14099110-91/21-fl%C3%BCchtlinge-nach-schiffsungl%C3%BCck-im-mittelmeer-vermisst.csp> (06.03.18)
<https://www.nzz.ch/international/libysche-marine-nimmt-mehr-als-250-fluechtlinge-an-bord-ld.1364891> (11.03.18)
- Bereits seit dem 20. Januar läuft die „Operation Olivenzweig“ der Türkei gegen die YPG, die kurdischen Einheiten im Norden Syriens. Die Stadt Afrin ist inzwischen von türkischen Truppen, so ihre eigenen Angaben, eingekesselt. Die YPG bestreitet das. Etwa 300.000 Menschen sind laut Angaben der Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte eingeschlossen. In den letzten Tagen seien insgesamt 16.000 Menschen geflohen. Zuletzt hatte der Wissenschaftliche Dienst des Bundestags bezweifelt, dass die Türkei auf einen Angriff reagiert habe und das vom Völkerrecht gedeckte Selbstverteidigungsrecht beanspruchen könne.
<http://www.zeit.de/politik/ausland/2018-03/militaeroffensive-afrin-tuerkei-bundestag-voelkerrecht> (08.03.18)
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/afrin-tuerkei-hat-mit-belagerung-von-afrin-begonnen-a-1197791.html> (13.03.18)
<http://www.zeit.de/politik/ausland/2018-03/syrien-afrin-tuerkisches-militaer-operation-olivenzweig> (13.03.18)
- Bei Prag wurden 22 Fliehende in einem Lieferwagen entdeckt, darunter vier Kinder und eine hochschwangere Frau. 27 Menschen wurden in Niederbayern entdeckt.
<http://www.zeit.de/news/2018-03/08/deutschland-polizei-entdeckt-27-fluechtlinge-in-schleuserlastwagen-08101803> (08.03.18)
<http://www.zeit.de/news/2018-03/09/polizei-entdeckt-22-fluechtlinge-bei-prag-in-lieferwagen-180309-99-412046> (09.03.18)
- Österreich wird im zweiten Halbjahr 2018 den Vorsitz des Europäischen Rates einnehmen. Innenminister Herbert Kickl von der FPÖ fordert seit Langem, dass Menschen, die im

Mittelmeer gerettet werden, nicht nach Europa gebracht werden. Hintergrund seiner Forderungen ist, dass er drei Straftaten dreier unterschiedlicher, teils nicht geflüchteter Personen für eine inhumane Politik und Rhetorik instrumentalisiert.

<http://www.zeit.de/politik/ausland/2018-03/oesterreich-asylrecht-aenderung-herbert-kickl> (13.03.18)

Bund, Land, Kommune

- Horst Seehofer, künftig Bundesinnenminister, will mehr Menschen abschieben. Asylverfahren sollen schneller und, das ist damit zu erwarten, noch fehlerhafter, durchgeführt werden. Herr Seehofer hat dabei von seinem Kollegen Kickl aus Österreich gelernt. Auch er eskaliert hin zu einer Politik, der jegliches Maß an Humanität abgesprochen werden muss.

<https://www.tagesschau.de/inland/seehofer-masterplan-103.html> (11.03.18)

<http://www.fr.de/politik/abschiebungen-horst-seehofer-stellt-masterplan-vor-a-1465239> (11.03.18)

- Ab dem 01. April gilt in Sachsen die Wohnsitzauflage für anerkannte Geflüchtete und subsidiär Schutzberechtigte. Für diese Menschen wird es dann nicht mehr möglich sein, ohne Weiteres innerhalb Sachsens von einer Kommune zur anderen zu ziehen. Die Argumentation, dass dies der Integration diene, kann bezweifelt werden. Bereits im Februar schrieben wir in einem [offenen Brief](#) an Innenminister Roland Wöllner, dass jede*r selber am Besten wisse, wo er*sie die besten Chancen auf Arbeit hat. Dass davon ausgegangen werden könne, dass allein deswegen jede*r auch die deutsche Sprache erlernen wolle. Linke und Grüne lehnen die Wohnsitzauflage als parlamentarische Opposition ab. Sie zeigten sich vergangene Woche entsetzt, dass der Erlass zur Auflage bereits Mitte Februar erging ohne dass die Abgeordneten des Landtags darüber informiert worden waren. Gelegenheit hätte es dazu bei der Sitzung des Innenausschusses am 01. März gegeben. Auch die Landkreise bezweifeln den Sinn der Wohnsitzauflage. Es könne kaum überprüft werden, wo ein*e Geflüchtete wohne. Zudem müsse in jedem Einzelfall geprüft werden, ob die Auflage verhängt werden kann. Auch im Landkreis Mittelsachsen ist das Instrument umstritten. Komischerweise meldete noch am Donnerstag vergangene Woche die *Freie Presse*, dass Freiberg den Zuzugsstopp erhalte, am 10. März wurde dies wieder durch den *MDR* relativiert. In jedem Fall will der Landkreis der Stadt anteilig weniger Geflüchtete zuweisen. Eine Beschwerde der Stadträtin Jana Pinka, Die Linke, gegen den Beschluss der Stadt, um den Zuzugsstopp zu ersuchen, wurde von Landrat Matthias Damm abgewiesen.

<https://www.freiepresse.de/LOKALES/MITTELSACHSEN/FREIBERG/Freiberg-bekommt-Zuzugsstopp-fuer-Fluechtlinge-ueber-Umwege-artikel10150299.php> (07.03.18)

<https://www.mdr.de/sachsen/chemnitz/freiberg-beschwerde-gegen-zuzugsverbot-abgewiesen-100.html> (07.03.18)

<https://www.mdr.de/nachrichten/politik/regional/wohnsitzauflage-in-sachsen-100.html> (10.03.18)

<https://www.freiepresse.de/SACHSEN/Wohnsitzauflage-fuer-Fluechtlinge-Hat-Sachsens-Innenminister-bewusst-geschwiegen-artikel10154702.php> (13.03.18)

Hintergrund und Meinung

- Es war die Bundesjustiz, die in Sachsen dafür sorgte, dass genannt werden kann, was es ist: Bomben bauen und zünden ist Terrorismus. Und das gilt auch für die „Gruppe Freital“. Die Freiheitsstrafen würden sich in der Szene herumsprechen, so Annete Ramelsberger in der *SZ*. In Sachsen seien diese Taten heruntergespielt worden, bis in die Justiz hinein. Dieses Urteil sei nun zumindest auch ein Signal an die Gerichte.

<http://www.sueddeutsche.de/politik/haftstrafen-fuer-gruppe-freital-dieses-urteil-wird-sich-in-der-rechten-szene-herumsprechen-1.3897098> (07.03.18)

- In dieser Reportage von *SPON* wird eine aus der Türkei geflüchtete Familie porträtiert. Sie haben in Griechenland um Schutz gesucht, nachdem sie über Nacht als Anhänger*innen der Gülen-Bewegung als Terrorist*innen bezeichnet und verfolgt wurden. Dabei hat sich auch ihr Blick auf Griechenland verändert.

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/griechenland-tuerkische-fluechtlinge-suchen-schutz-vor-erdogan-a-1196494.html> (08.03.18)

Der Pressespiegel wird herausgegeben von:

Sächsischer Flüchtlingsrat e.V.
Dammweg 4
01097 Dresden
E-Mail: pr@sfrev.de

Refugee Law Clinic Leipzig
Burgstraße 27
04109 Leipzig
Email: pr@rld.de

Der Sächsische Flüchtlingsrat e.V. wird gefördert durch:

PRO ASYL
FÖRDERVEREIN PRO ASYL E.V.



UNO-Flüchtlingshilfe